

Ein Beitrag ohne Brexit

Von Gerald Braunberger

Was war los in der abgelaufenen Woche? Zum einen stellte sich die Vorsitzende der amerikanischen Notenbank Fed, Janet Yellen, Abgeordneten des Kongresses. Frau Yellen sagte nichts, was die stets aufmerksamen Gemüter an den internationalen Finanzmärkten in Wallung brachte. Der Gesamteindruck bleibt: Die amerikanische Wirtschaft bleibt auf einem nachhaltigen Wachstumspfad, der sich unter anderem in einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote niederschlägt. Aber gemessen an früheren Jahrzehnten, bleibt die Rate des wirtschaftlichen Wachstums mit rund 2 Prozent auffallend niedrig. Daraus folgt der Schluss, dass die Fed ihren Leitzins allenfalls gemächlich erhöhen wird.



THOMAS LAUBACH heißt einer der einflussreichsten Berater Yellens. Laubach, früher einmal Professor an der Goethe-Universität in Frankfurt, hat dieser Tage mit seiner Kollegin Kathryn Holston und dem Präsidenten der Federal Reserve Bank of San Francisco, John Williams, eine Studie veröffentlicht, die es in sich hat. Darin versuchen die Autoren, für mehrere Länder und Währungsräume den sogenannten „natürlichen Zins“ zu schätzen. Das ist jener kurzfristige Zins, bei dem eine Wirtschaft optimal und bei konstanter Inflationsrate wachsen würde. Nach diesen Schätzungen könnte dieser „natürliche Zins“ im vergangenen Jahr im Euroraum leicht negativ gewesen sein. Sollte dies stimmen, wäre die Geldpolitik der EZB nicht überaus expansiv und die Negativzinsen der Gegenwart wären nicht verrückt, sondern normal. Man muss aber hinzufügen, dass derartige Schätzungen vage und methodisch umstritten sind.

♦♦♦
HILLARY CLINTON hat dieser Tage ein Wirtschaftsprogramm vorgestellt, mit dem sie den sogenannten „Durchschnittsamerikaner“ gewinnen möchte. Das ist ein löbliches Unterfangen, allerdings muss sich zeigen, wie glaubwürdig Frau Clinton wirkt. Denn natürlich verkörpert sie jene Elite in Washington, die von vielen „Durchschnittsamerikanern“ verachtet wird. Eher tendieren viele dieser Amerikaner bisher zu Donald Trump, der allerdings auch über alle Fähigkeiten verfügt, sich in vielerlei anderer Hinsicht ausreichend unbeliebt zu machen. Manchmal haben es die Wähler wirklich nicht leicht.

♦♦♦

IN FRANKREICH haben sich die Sozialisten darauf geeinigt, ihren Präsidentschaftskandidaten für den Mai 2017 auf dem Wege einer Vorwahl auszusuchen. Das ist ein weiterer Schlag ins Gesicht von Staatspräsident François Hollande, der sich zuletzt über etwas bessere Arbeitsmarktdaten freuen durfte. Kann man sich vorstellen, dass sich ein amtierender Staatsoberhaupt erst auf dem Wege einer Vorwahl in seiner eigenen Partei für eine neue Kandidatur empfehlen muss? Den Sozialisten scheint es mittlerweile egal zu sein, was Hollande denkt, während es Hollande mittlerweile egal zu sein scheint, welchen Eindruck er in seinem Lande macht. Im bürgerlichen Lager träumt der frühere Staatspräsident Nicolas Sarkozy von einer neuen Kandidatur für das Präsidentenamt. Auch hier ist man als Wähler nicht zu beneiden.

♦♦♦

IN EUROPA werden sich die Blicke bald auf Spanien richten, wo die Bevölkerung einen weiteren Versuch unternehmen soll, ein Parlament zu wählen, aus dem eine stabile Regierungskoalition hervorgeht. Spanien hatte in den vergangenen Jahren mit Reformen und Wirtschaftswachstum viele Skeptiker überzeugt. Jetzt fragt man sich: Wollen die stolzen Iberer dies riskieren, indem sie eine weitere politische Hängepartie erzeugen? Es gibt Fälle, in denen die Wirtschaft eines Landes von einem politischen Vakuum sogar vorübergehend profitierte. Aber ein Dauerzustand kann dies nicht sein.

♦♦♦

„REICHE SCHLAFEN SCHLECHT“ hieß dieser Tage eine Überschrift im Finanzteil dieser Zeitung. Dies berichten im übertragenen Sinne viele Vermögensverwalter. Viele Deutsche mit Geld haben Angst um ihr Geld. Viele dieser Ängste sind eher vage als konkret, aber es existiert der ungute Eindruck, dass der wirtschaftliche Wohlstand vielleicht nur vorübergehend ist.